

Prozent der Betriebe keine Arbeitnehmer über fünfzig beschäftigen.

SPIEGEL: Sollen Menschen, die länger arbeiten, auch länger Rentenbeiträge einzahlen?

Rüttgers: Natürlich, aber nur wenn sie das wollen. Wer länger arbeitet, kann dann auch eine höhere Rente bekommen.

SPIEGEL: Und wenn der Arbeitgeber die Alten lieber los wäre?

Rüttgers: Natürlich wollen viele Arbeitgeber die Möglichkeit haben, sich von älteren Arbeitnehmern ohne Begründung zu trennen. Sie haben keine Lust, mit jedem Arbeitnehmer darüber zu verhandeln, ob er länger bleiben will oder nicht. Das Ergebnis ist, dass die Arbeitnehmer eben nicht länger bleiben. Aber warum soll man nicht länger arbeiten dürfen, wenn auch der Arbeitgeber das will?

„Ich glaube nicht, dass man das Problem durch Zuwanderung lösen kann.“

Warum ist das bei uns so schwer? Warum gibt es diese Kultur nicht?

SPIEGEL: Ja, warum?

Rüttgers: Ein Problem sind die Schutzregelungen für ältere Beschäftigte. Die Gewerkschaften werden mit den Arbeitgebern darüber reden müssen, ob die Tarifverträge weiterhin so wie bisher konstruiert werden können, dass man wenig verdient, wenn man jung ist, während man mit zunehmendem Alter mehr Geld bekommt. Man kann sich auch fragen, ob es richtig ist, dass im Rahmen von Sozialplänen oft zuerst die jungen Leute entlassen werden.

SPIEGEL: Ein Problem einer alternden Gesellschaft werden auch Sie nicht lösen können: dass die Leistungskraft mit dem Alter abnimmt.

Rüttgers: Auch ältere Beschäftigte sind produktiv. Warum sollte es ihnen nicht möglich sein, die Produktivität zu steigern? Wir leben in einer Wissensgesellschaft. Ältere Leute sind nicht weniger innovativ, denn sie haben Lebenserfahrung, und die brauchen wir, um innovativ zu sein.

SPIEGEL: Viele Erfindungen wurden von Menschen unter dreißig gemacht.

Rüttgers: Und umgesetzt wurden sie zu meist von Leuten, die erheblich älter waren. Sehen Sie sich an, wie heute Innovationen entstehen. Das geschieht immer in altersgemischten Gruppen.

SPIEGEL: Alternde Gesellschaften haben zudem den Hang zu verkrusten und sind oft strukturkonservativ.

Rüttgers: Deshalb richtet sich mein Vorschlag für einen neuen Generationenvertrag nicht nur an die Alten, sondern auch an die Jungen. Wir müssen nicht nur den Älteren die Rente sichern, sondern auch den Jungen die Ausbildung. Notwendig

ist ein Kindergeld, mit dem die Kosten von der Kita bis zum Studium bezahlt werden können. Dazu müssen alle kinder- und familienpolitischen Leistungen auf ihre Wirksamkeit hin geprüft werden. Ich sage es noch einmal: Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist Arbeit, Arbeit, Arbeit. Wenn die Bevölkerungszahl schrumpft, muss alles getan werden, dass mehr Menschen arbeiten können. Deshalb muss es besser als bislang möglich werden, Kinder und Karriere zu vereinbaren. Und im Bildungssystem darf kein Kind verlorengehen. Wir werden auf niemanden verzichten können.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das erreichen?

Rüttgers: Die Kindertagesstätten müssen massiv ausgebaut werden.

SPIEGEL: Das wird die Konservativen in Ihrer Partei verstören.

Rüttgers: Warum? Ich bin auch dafür, dass Frauen und Männer selbst entscheiden, wie sie leben wollen, ob die Kinder in die Kita kommen oder ob die Mutter zu Hause bleibt. Ich will nicht, dass der Staat in die Familien hineinregiert. Aber diese Debatte steht doch momentan gar nicht an, weil wir zumindest im Westen so wenige Angebote an Kinderbetreuungsplätzen haben, dass die Situation absolut unhaltbar ist. Mit gravierenden Folgen.

SPIEGEL: Welche meinen Sie?

Rüttgers: Eines der großen Probleme der Zukunft wird die Altersarmut von Frauen sein, die oft aus dem Erwerbsleben ausscheiden, wenn sie Kinder bekommen. Und dann vielfach nur mit Teilzeit- und Minijobs wieder einsteigen. Das führt dazu, dass sie nur eine kleine Rente bekommen und im Alter nicht ausreichend versorgt sind. Auf eine Witwenrente können sie sich inzwischen auch nicht mehr verlassen, weil sich die Rechtsgrundlagen geändert haben. Deshalb müssen wir nun endlich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass man Familie und Beruf miteinander verbinden kann. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen muss weiter steigen.

SPIEGEL: Eine andere Möglichkeit, das Demografieproblem der Deutschen zu mildern, wäre mehr Zuwanderung.

Rüttgers: Ich glaube nicht, dass man das Problem durch Zuwanderung lösen kann. Man kann es allenfalls abmildern. Gleichwohl sollten wir uns aber aufmachen und den jungen Leuten, die in Spanien, Griechenland und Portugal dringend Jobs suchen, hier Arbeitsplätze anbieten.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Rüttgers: Dass wir offiziell mit den Regierungen reden und Angebote machen, wie wir das früher schon einmal gemacht haben. In Spanien ist fast die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos. Wir täten damit etwas Gutes für Europa, für Spanien und auch für uns.

INTERVIEW: KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN, BARBARA SCHMID

KATHOLIKEN

Herr oder Helfer

Der Papst drängt seine Bischöfe zu einem harten Kurs. Sie sollen die Kirche „von ihrer materiellen Last“ befreien. Müssen sie nun auf Geld vom Staat verzichten?

Pauken und Trompeten werden laut erklingen, wenn der Domchor Fulda am Mittwoch vor den katholischen Bischöfen eine neue Komposition zu Ehren des Papstes anstimmt.

Das vierminütige Werk ist ein hinter-sinniges Geschenk der Hirten für Benedikt XVI. Es vertont einen Spruch aus dem 2. Brief des Paulus an die Korinther,



Kostenfaktor Limburger Dom, Papstmesse in Berlin:

den Joseph Ratzinger für seine Priesterweihe wählte, 1951, als er noch jung und voller Idealismus war: „Wir wollen ja nicht Herren über euren Glauben sein, sondern wir sind Helfer zu eurer Freude.“

Herr oder Helfer – wenn sich die Bischöfe in dieser Woche zur Herbstvollversammlung in Fulda treffen, gibt es viel zu diskutieren.

Denn der Chef aus Rom hat ihnen beim Heimatbesuch einen harten Kurs aufgedrängt. Die Kirche müsse sich „entweltlichen“, forderte Benedikt, es sei besser, sie wäre „von ihrer materiellen und politischen Last befreit“. Sogar die Säkularisierung vor 200 Jahren lobte der Papst. Die „Enteignung von Kirchengütern, die Streichung von Privilegien“ hätten in der Kirche zur „Läuterung und inneren Reform wesentlich beigetragen“.

Für Deutschlands Hirten ist das eine rohe Botschaft. Viele ihrer Bistümer gehören zu den reichsten der Welt, bis zuletzt hielten sie an ihren Pfründen und Privilegien fest. Führt sie Benedikt, der zugleich zum Gehorsam gegenüber dem Vatikan aufrief, nun auf einen neuen, entbehrungsreichen Pfad?

Auf 270 Milliarden Euro schätzten in der Vergangenheit Kritiker wie Carsten Frerk das Vermögen der katholischen Kirche in Deutschland. Jedes Jahr fließen zu dem dreistellige Millionenbeträge als staatliche Entschädigungszahlungen („Do-

mals Wolfgang Kubicki, Fraktionschef der in Schleswig-Holstein mitregierenden FDP, dass man überall sparen müsse, „auch bei den Kirchen“; die Landesleistungen sollten wenigstens um 10 bis 15 Prozent sinken. Saarlands Grünen-Chef Hubert Ulrich verlangte, „mit den Kirchen in eine politische Diskussion zu treten“. In Niedersachsen wollte FDP-Fraktionschef Christian Dürr das Thema bei einer Sparklausur der Landesregierung auf die Tagesordnung setzen.

Ein Jahr später ist davon wenig übrig geblieben. Zwar haben sich in Schleswig-Holstein seit Dezember 2010 Vertreter der Landesregierung fünfmal mit Kirchenvertretern getroffen, Unter-AGs wurden gebildet. Ergebnisse jedoch gab es auch zehn Monate später noch nicht.

In Niedersachsen fanden lediglich informelle Gespräche mit Kirchenleuten statt. Es sei „alles noch in der Diskussion“, heißt es kleinlaut bei den Grünen an der Saar. Das zuständige Bildungs-

gleichsansprüche über die Weimarer Zeit bis in die Gegenwart. Seit 1949 kassierten sie mit ihren evangelischen Brüdern inflationsbereinigt insgesamt rund 22,9 Milliarden Euro an Dotationen.

Kritiker wie Frerk bezweifeln die Rechtsgrundlage dafür. „Es ist eine Legende, dass die Bischöfe damals enteignet wurden“, sagt der Berliner Experte für Kirchenfinanzen. Die betroffenen Gebiete hätten der Kirche nie gehört, sie seien Reichslehen gewesen. Deshalb gebe es keinen Zwang zum Fortführen der Entschädigungen.

Seit 1919 gilt außerdem das Verfassungsgebot, die Staatsleistungen an die Kirche abzulösen. Die entsprechende Vorgabe wurde 1949 vom Grundgesetz übernommen. Passiert ist seither so gut wie nichts. Erst im vergangenen Jahr warnte das Bundesinnenministerium davon, sich mit einer einmaligen Milliardenzahlung freizukaufen; die volkswirtschaftlichen Folgen seien nicht zu unterschätzen.

Rufe nach Reformen sind weitgehend verstummt. „Auf allen Ebenen in der Partei gibt es eine deutliche Zurückhaltung bei dem Thema“, sagt Siegmund Ehrmann, der religionspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Der Staat sei eben Verpflichtungen mit den Kirchen eingegangen, die man „nicht einfach kündigen“ könne.

So sehen es auch die anderen Parteien. Widerstand kommt nur noch von den Linken. Ihr Schatzmeister Raju Sharma zeigt sich „fest entschlossen“, spätestens Anfang 2012 einen Gesetzesentwurf in den Bundestag einzubringen. Darin schlagen die Linken als Ablösesumme das Zehnfache des Jahresbetrags der Zahlungen an die Kirchen vor. Nach den aktuellen Leistungen wären dies rund 4,6 Milliarden Euro. Sharma stellt sich auf eine harte Debatte ein. „Man wird schnell als Kirchenfeind niedergemacht, wenn man das Thema angeht.“

Ein Ende der historischen Praxis jedoch wird es nur geben, wenn die Bischöfe mitspielen. Sind sie nach den Worten des Papstes in Freiburg nun dazu bereit? Wollen sie „Läuterung und innere Reform“ durch finanziellen Verzicht?

Im Rahmen einer Pressekonferenz erklärten sie hastig, der Papst habe das alles so konkret nicht gemeint. „Das hat nichts mit der Abschaffung von konkreten finanziellen Ansprüchen zu tun“, sagte vorsorglich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch.

Eine gewisse Verunsicherung bleibt nach Benedikts Abreise dennoch bestehen. Auf ihrer Vollversammlung wollen die Bischöfe nun „eine Analyse der Ansprachen des Heiligen Vaters vornehmen“.

MATTHIAS BARTSCH,
FRANK HORNIG, ANNA LOLL

Staatsleistungen an die Kirchen

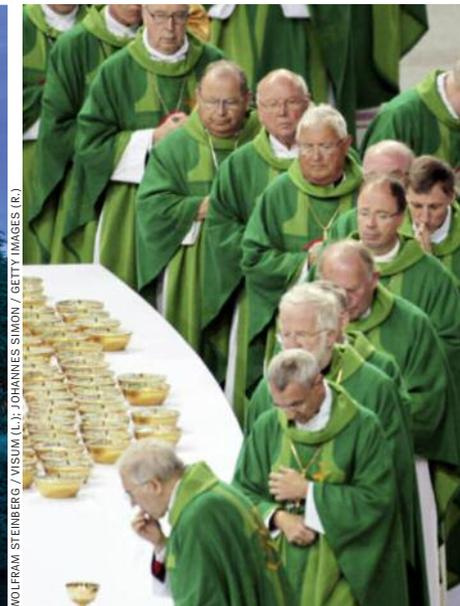
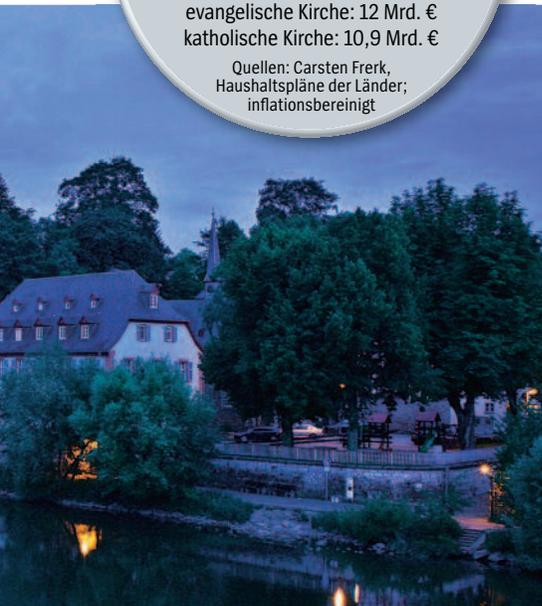
ohne Kirchensteuern seit 1949,
u. a. für Ausbildung, Besoldung und
Versorgung der Geistlichen, den
Bauunterhalt kirchlicher Gebäude

22,9 Mrd. €

evangelische Kirche: 12 Mrd. €
katholische Kirche: 10,9 Mrd. €

Quellen: Carsten Frerk,
Haushaltspläne der Länder;
inflationsbereinigt

DER SPIEGEL



WOLFRAM STEINBERG / VISUM (L.); JOHANNES SIMON / GETTY IMAGES (R.)

Erfolgreiche Jagd auf die Kirchenmäuse

tationen“) für Enteignungen im 19. Jahrhundert – zusätzlich zur Kirchensteuer. Allein im vergangenen Jahr überwies der Staat dafür 193 Millionen Euro an die Katholiken (sowie 266 Millionen an die Protestanten). Damit werden beispielsweise Bischofsgehälter oder der Unterhalt von Kirchen wie dem Limburger Dom bezahlt. Selbst Ausgaben für „Orgeln, Glocken, Uhren usw.“ finden sich in den Haushaltsplänen der Länder.

Wenn die Bischöfe den Papst beim Wort nehmen, müssen sie diese 200 Jahre alte Praxis beenden. Doch genau dagegen wehrten sie sich bislang erfolgreich mit dem Verweis auf alte Verträge.

Erfolglos blieben Politiker mit ihrer jüngsten Jagd auf die Kirchenmäuse im Sommer vergangenen Jahres (SPIEGEL 30/2010). Als Wortführer verkündete da-

nisterium bestätigte, dass Saarbrücken in diesem und im nächsten Jahr wieder rund 710 000 Euro an die Kirchen überweist. Die Dotationen bleiben tabu, das zeigt sich auch in anderen Bundesländern. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen: Überall wird klaglos weitergezahlt.

Quer durch die Republik verweisen Bischöfe auf den Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation sicherte den Kirchen darin Entschädigungen für verlorene Gebiete zu.

Es handelt sich um genau jene Enteignungen, deren segensreiche Wirkung auf die spirituelle Kraft der Kirche Papst Benedikt gerade gepriesen hat.

Die Bischöfe dagegen mochten nie verzichten, sie retteten ihre finanziellen Aus-